Weniger Landkreise und Gemeinden

Das Land muss sparen, sind die Befragten im BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen überzeugt. Am besten bei sich selbst.

■ Von Annika Grah

SUTTGART. Es war ein weitreichender Vorschlag, mit dem Manuel Hagel (CDU) im Wahlkampf Schlagzeilen machte. Im November 2024 hatte er sich bei einer Veranstaltung für eine Verwaltungsreform ausgesprochen: Zwei Verwaltungsebenen sollten wegfallen. Doch ausformuliert wurde der Vorschlag von dem CDU-Politiker bislang nicht. Lediglich die FDP, die es am Ende gar nicht in den Landtag schaffte, versuchte, mit entsprechenden Ideen im Wahlkampf zu punkten. So wollten die Liberalen kleinen Kommunen und Landkreisen Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse bieten.

Solche Ideen fielen in der Wählerschaft auf fruchtbaren Boden, wie der aktuelle BaWü-Check zeigt: 42 Prozent der 1006 Befragten halten die Zusammenlegung von Landkreisen für einen guten Vorschlag, 30 Prozent wären dagegen. Geht es um den eigenen Landkreis, ist die Zustimmung sogar noch höher. Die Hälfte der Befragten wäre damit einverstanden, wenn der eigene Landkreis mit einem anderen zusammengelegt würde, 27 Prozent wären dagegen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach befragte im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungen im Juni 1006 Menschen im Alter ab 16 Jahren. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung in Baden-Württemberg.

Geht es um die Zusammenlegung kleiner Gemeinden, fällt die Zustimmung sogar noch größer aus. Den Vorschlag, Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzufassen, finden 59 Prozent sinnvoll. Nur ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) spricht sich dagegen aus. Wenig überraschend ist, dass die Zustimmung in Städten – Großstädte (59,6 Prozent), Mittelstädte (62,1 Prozent) – höher ausfällt als in Dörfern mit 46,1 Prozent.

Bislang sind solche Pläne aus der grün-schwarzen Koalition noch nicht bekannt. Auch bei den Koalitionsverhandlungen war eine mögliche Verwaltungsreform dem Vernehmen nach kein Thema. Das Land will aber mit den Kommunen eine Zukunftskommission einrichten, in der über grundlegende Entscheidungen für Städte, Landkreise und Gemeinden diskutiert werden soll. Bis Ende 2026 soll – so steht es im Koalitionsvertrag – außerdem ein Zukunftsbündnis geschlossen werden, das konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau machen soll. Ob dann auch über eine Verwaltungsreform gesprochen wird, ist offen.

Kürzen will die Landesregierung allerdings auf jeden Fall bei sich selbst. In der „zentralen Verwaltung“ sollen bis zum Ende der Legislaturperiode 2031 fünf Prozent der Stellen wegfallen. Was genau die zentrale Verwaltung umfasst, ist noch nicht festgelegt. Und zum Regierungsstart hatten Grüne und CDU sich selbst erst einmal je 30 zusätzliche Stellen in eigenen Ministerien zugesagt. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) beteuerte aber zuletzt, die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest. Konzepte dafür seien in Arbeit.

BaWü-Check

Das ist auch gut so. Denn vier von fünf Befragten im BaWü-Check finden, dass das Land Personal einsparen sollte. Der zweite Bereich, in dem ein großes Sparpotenzial gesehen wird, sind Kultureinrichtungen. 72 Prozent der Befragten finden, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. Mehr Geld soll hingegen in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser (90 Prozent Zustimmung) fließen, in die Ausstattung von Schulen (88 Prozent) und Kindergärten (81 Prozent). Auch Mehrausgaben für Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) werden von einer Mehrheit befürwortet. Zwei Drittel finden, dass mehr Geld für Kommunen und Wirtschaftsförderung sowie für die Wissenschaft ausgegeben werden sollte. Angesichts sinkender Steuereinnahmen ist allerdings fraglich, ob das Land für all diese Bereiche mehr Geld zur Verfügung stellen kann. Die Haushaltsberatungen im Herbst dürften von einem harten Spardiktat bestimmt sein.

Die Wunschliste korrespondiert mit der politischen Agenda der Befragten. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) finden, dass das Land für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen sollte. Das Thema rangiert schon lange weit oben bei den Menschen im Land, gefolgt von den Aufgaben Arbeitsplätze sichern, Wirtschaft stärken und Bürokratie abbauen. Die Gesundheitsversorgung und Schulen stehen auf Platz fünf und sechs.

Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Landesregierung ist dabei überschaubar. Nur 38 Prozent der Befragten trauen Grün-Schwarz zu, die Zukunftsprobleme des Landes anzugehen. 33 Prozent sind nicht der Auffassung. Bei der Frage, ob die Landesregierung die Wirtschaft stärken kann, dreht sich das Verhältnis: Nur noch 33 Prozent glauben daran und 36 Prozent glauben nicht, dass dies gelingt.

Sowohl Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) als auch sein Vize Manuel Hagel (CDU) hatten das Thema Wirtschaft im Wahlkampf hochgehängt. In seiner ersten Regierungserklärung nannte Özdemir die Wirtschaft als „Thema Nr. 1“. „Baden-Württemberg wirtschaftlich zu erneuern, die Bremsen zu lösen und Investitionen zu ermöglichen. Das ist die zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre“, sagte er im Mai im Landtag. Noch vor der Sommerpause will Özdemir ein Gesetz zum Bürokratieabbau umsetzen. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt, außerdem soll ein Zukunftsfonds aufgesetzt werden, um Firmen im Umbruch über schwierige Phasen hinweg zu helfen.

Die Befragten im BaWü-Check trauen der Landesregierung auch beim Thema Stellenabbau in der Automobilindustrie wenig zu. 55 Prozent der Befragten halten die Landesregierung an der Stelle für weitgehend machtlos. Und auch beim Bürokratieabbau gibt es Zweifel: Lediglich 22 Prozent glauben, dass es der grün-schwarzen Landesregierung gelingen wird, spürbar Bürokratie abzubauen. Gut die Hälfte hält das nicht für realistisch. Die größten Zweifel haben Anhänger der AfD und der Linken. Die eigenen Rechte wollen viele Bürgerinnen und Bürger aber auch nicht beschnitten sehen, um Genehmigungen und Verfahren zu beschleunigen: 41 Prozent halten es für falsch, die Einspruchsmöglichkeiten bei großen Infrastrukturmöglichkeiten wieder zu reduzieren, nur 37 Prozent sind dafür.

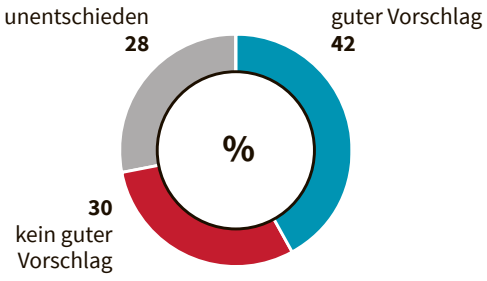
Insgesamt startet die grün-schwarze Landesregierung allerdings mit einem Vertrauensvorschuss in ihre erste Legislaturperiode unter Ministerpräsident Cem Özdemir. Ihm trauen 53 Prozent der Befragten zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Zum Vergleich: Winfried Kretschmann (Grüne) kam zum Ende seiner 15-jährigen Amtszeit im BaWü-Check im Februar auf 50 Prozent. Dabei sind nicht nur Anhänger der Grünen überzeugt. Auch bei Unterstützern der CDU (58 Prozent), der SPD (70 Prozent), der FDP (54 Prozent) und der Linken (56 Prozent) kann der neue Ministerpräsident punkten. Unter AfD-Anhängern sind es 14 Prozent. Was die Zusammenarbeit zwischen Grünen und CDU angeht, glauben 41 Prozent, dass die Koalitionäre gut kooperieren werden, während 32 Prozent denken, dass es viel Streit geben wird. Nach dem eher schwierigen Start in die Sondierungsverhandlungen und einzelnen Scharmützeln während der Koalitionsverhandlungen sind bislang keine größeren Konflikte aus dem Regierungsumfeld bekannt geworden.

→ **LEITARTIKEL**

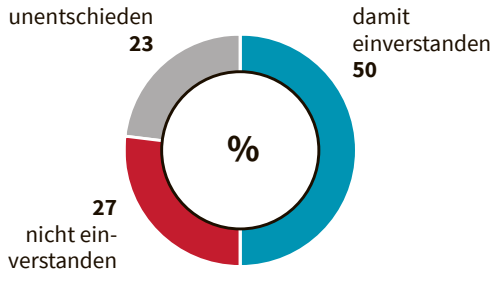
Dass die Grünen unter Ministerpräsident Cem Özdemir (li) und die CDU mit ihrem Vize Manuel Hagel gut kooperieren werden, glauben 41 Prozent der Befragten. Foto: imago/Chris Emil Janßen

Die Umfrageergebnisse im Überblick

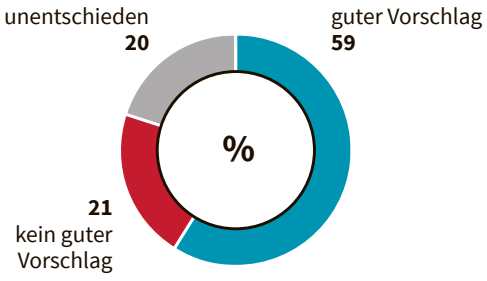
Halten Sie den Vorschlag für gut oder nicht gut, die Zahl der Landkreise zur Kosteneinsparung zu reduzieren?
Angaben in Prozent



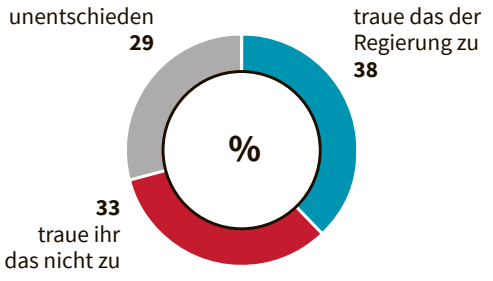
Wären Sie mit einer Zusammenlegung Ihres Landkreises mit einem anderen einverstanden?
Angaben in Prozent



Was halten Sie vom Vorschlag: Aus Kostengründen sollen Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern zusammengelegt werden?
Angaben in Prozent

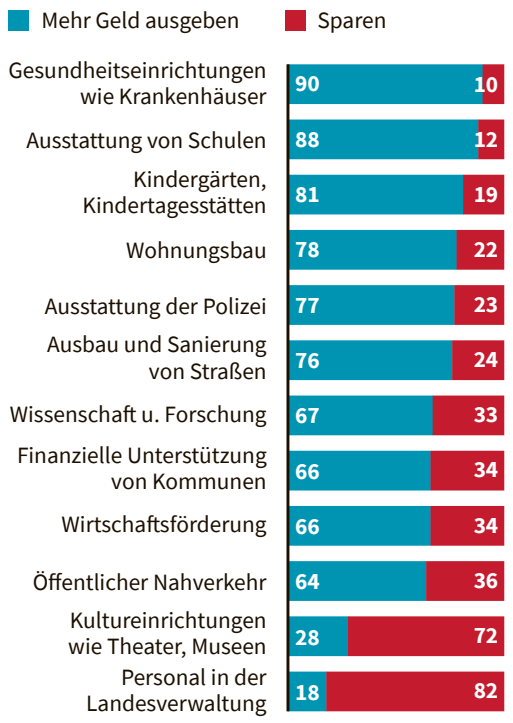


Trauen Sie der neuen Landesregierung zu, die Zukunftsprobleme Baden Württembergs anzugehen?
Angaben in Prozent



Was sind die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Landesregierung in den nächsten Jahren kümmern sollte?
Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

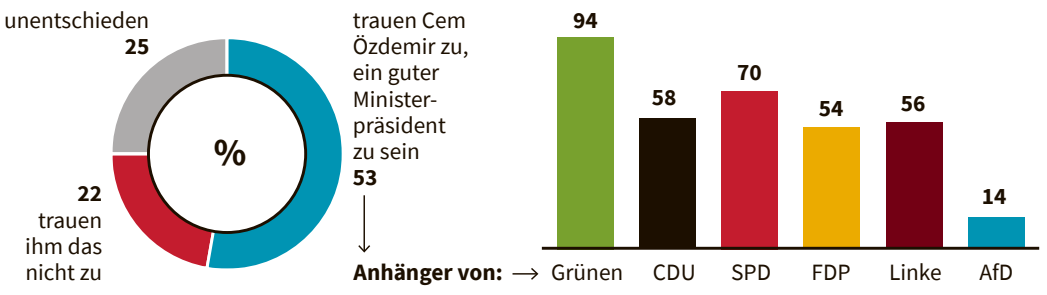
In welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg mehr Geld ausgeben und wo eher sparen?
Angaben in Prozent



Glauben Sie, dass es der neuen Landesregierung gelingen wird, die Wirtschaft in Baden-Württemberg zu stärken?
Angaben in Prozent

Glauben Sie, dass die neue Landesregierung weiteren Stellenabbau in der Automobilindustrie verhindern kann?
Angaben in Prozent

Trauen Sie Cem Özdemir zu, ein guter Ministerpräsident zu sein?
Angaben in Prozent



Grafik: Locke

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre Quelle: Allensbach, IfD-Umfrage 6195/III

BaWü-Check

Umfrage Der BaWü-Check ist eine mehrmals im Jahr durchgeführte Umfrage vom Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

Methode Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat vom 16. bis 24. Juni 1006 Menschen im Alter ab 16 Jahren befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die Befragten erhalten per E-Mail eine Einladung zum Ausfüllen eines Online-Fragebogens, der dieses Mal 13 Fragen enthielt.

Stichprobe Die Befragten sind Mitglied eines Online-Panels. Die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei wurde sich nach den Zahlen des Mikrozensus 2025 orientiert, und sie ist repräsentativ. *red*